



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl, Tim Pargent, Ludwig Hartmann, Claudia Köhler, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Stephanie Schuhknecht, Benjamin Adjei, Andreas Birzele, Cemal Bozoğlu, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Florian Siekmann** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Personalsituation im Justizvollzug verbessern
(Kap. 04 05 Tit. 422 01)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 04 05 wird der Ansatz im Tit. 422 01 (Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter) für das Jahr 2024 von 265.894,1 Tsd. Euro um 3.580,0 Tsd. Euro auf 269.474,1 Tsd. Euro angehoben.

In Kap. 04 05 wird der Ansatz im Tit. 422 01 (Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamten und Richter) für das Jahr 2025 von 276.199,5 Tsd. Euro um 7.510,0 Tsd. Euro auf 283.709,5 Tsd. Euro angehoben.

In Kap. 04 05 werden im Stellenplan

- 10 Stellen der BesGr. A 8 (Hauptsekretärinnen und Hauptsekretäre),
- 30 Stellen der BesGr. A 7 (Obersekretärinnen und Obersekretäre),
- 30 Stellen der BesGr. A 9 (Inspektorinnen und Inspektoren),
- 5 Stellen der BesGr. A 7 (Stationspflegerinnen und Stationspfleger),
- 10 Stellen der BesGr. A 7 (Krankenpfleger und Krankenschwestern),
- 20 Stellen der BesGr. A 7 (Oberwerkmeisterinnen und Oberwerkmeister) und
- 10 Stellen der BesGr. A 8 (Hauptwerkmeisterinnen und Hauptwerkmeister)

neu ausgebracht.

Begründung:

Die im Entwurf der Staatsregierung vorgesehenen neuen Stellen im Bereich des Justizvollzugs können die seit Jahren bestehenden Personalengpässe in den bayerischen Justizvollzugsanstalten nicht lösen. Sie sind im Wesentlichen für neue Aufgaben vorgesehen, allen voran für die neu zu errichtende Justizvollzugsanstalt (JVA) in Marktredwitz. Der Bedarf an zusätzlichen Stellen ist aber auch darüber hinaus nach wie vor sehr hoch. Das betrifft nicht nur den allgemeinen Vollzugsdienst. Insbesondere ist auch ein Ausbau der Stellen im Bereich des medizinischen Personals außerhalb der JVA München nötig, da die Justizvollzugsanstalten in Bayern einen Anstieg an schwersterkrankten Inhaftierten verzeichnen.